

Erscheint täglich
undmündig mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis
jährlich 50 J. Halbjährl. 25 J.
einzelne Nummern 1.00 J.
Post- und Transportkosten
werden nicht bezogen 1.00 J.

„Die Neue Welt“
(Veröffentlichungsbeilage), durch
welche nicht bezogen, kostet
monatlich 10 J., jährlich 90 J.



Insertionsgebühren
betragen für die 50-jährige
Beitragzeit oder deren Raum
15 J. für Wohnungs-
Beitrag und Bestimmung-
anzeigen 10 J.
Im reaktionellen Teil
kostet die Seite 50 J.
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die 7501-
eingetragene unter Nr. 7501.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißeneis-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Riebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse: Volkshaus Halle.

Nr. 57 Halle a. S., Mittwoch, den 9. März 1898 9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

9. März. Von dem Sitzungssaale des Bundesrathes, dem Thurn-und-Taxis-Palais in der Schenkerstraße, zu Frankfurt am Main, geht eine mächtige Kutsche in den so lange verstorbenen Farben schwarz-rot-gold herab. Einige zur Sicherung mobil gemachte Bundes-Armeeoffiziere tragen schwarz-rot-goldene Kolbarden. In den Bundesbestellungen und auf den Siegeln der Bundesbescheide prangt als Wappentier der deutsche Reichsadler. Die Beschlüsse sind in drei Hefen in den Briefkästen der Postämter zu Berlin. Man beschließt, die Stadtverordneten zu ernennen, die die Krone zu überreichen. — Die Stadtverordneten tagen abends im Gölitzischen Kasino. Sie beraten eine von 50 Mitgliedern bestehende Kommission, die den Magistrat zum Abtritt als Wappentier ab. In die Beschlüsse der Stadtverordneten Verlesung spielt auch bereits die soziale Frage hinein. In Berlin wird die Arbeitslosigkeit bei der politischen Arbeiterbevölkerung sehr groß, und es wurde verlangt, durch eine allgemeine Handarbeit die Mittel zu öffentlichen Arbeiten zu beschaffen. Auch die Organisation von bürgerlichen Schwabenden zum Schutz von Leben und Eigentum wurde beantragt. Die Angelegenheiten wurden zur schleunigen Beratung in Kommissionen verwiesen. Die Beförderung der Volkserwerbsangelegenheiten lebten die Stadtverordneten ab. Die unter den Hefen gedruckte Deputationsliste über die Schriftführung der Post. Eine Antwort ist darauf nicht gegeben.

10. März. Was wird endlich die Zusammenkunft des neuen Ministeriums veröffentlicht. An Stelle des obersten Ministers wird wieder zum Bundespräsidenten, zum Reichspräsidenten für das Frankfurter Reichswortament wird Hoffmann ernannt.

Die württembergische Regierung hatte den württembergischen Protesten gegen die bisherige Verfassung der „Schreiber“, wie sie die Schreiber nannten, nachgeben müssen. Am 9. war das „Märzministerium“ aus den Liberalen Overmann, Rieger, Hömer und Goppel neu gebildet. Die bisherigen Minister Brühlmann und Sontagen waren in ihren Stellungen geblieben.

Die Bewegung in Leipzig und den anderen sächsischen Städten hatte sich unermüdet auf der Höhe erhalten. Der sächsische Senat richtete eine von dem konservativen Professor v. B. Fortleben verfasste Adresse an den König, in der Reform der Verfassung, der Vertheilung der Reichsämter und eine Reorganisation jenes Bundes gefordert wurde, der das Vertrauen der Völker verloren, um nicht zu sagen niemals besser habe. Am 9. erklärten die sächsischen Minister eine Beamtenschaft, daß sie dem König ihre Entlassung angeboten hätten, der diese jedoch nicht angenommen habe, sondern die Entscheidung den am 30. März zusammenzutretenden Landtagen überlassen wolle.

In Chemnitz wird ein „hochhehrer Rat“ die Presse frei und schlägt am Tage darauf verschiedene Reformen vor, zu Erleichterung der erpessenen Bürgerpflicht durch geordnete Verwaltungsstellen, Aufhebung der Lebenslanglichkeit und Selbstergänzung des Senats. Doch kam es in der Folge noch zu Zunahmen, und die Ruhe wurde nicht ohne Widerstreben von dem Militär, den Kaufleuten, wieder hergestellt.

anmeldungen über kleinere Beträge. Damit würden die Kosten auf 7 Millionen wachsen.

Die sächsische Forderung hat aber nur die Bestimmung erlitten, die eine Ausdehnung des Hofers auf geschlossene Briefe innerhalb des Ostpreussens verlangt. Der Grundgedanke ist jedoch durchaus gelinder. Alle Einrichtungen der Post kommen der Allgemeinheit zu gute. Herr v. Stephan glaubte, die Privatpostanstalten würden nicht konkurrenzfähig sein und von selbst eingehen. Er lehnte die Genehmigung dieser Postämter nicht unbedingt ab, da sie erst viel später Zeit befänden. Von den 75 Privatpostanstalten bestanden 60 erst seit 1893. Heute hat es sich aber herausgestellt, daß viele Gesellschaften für die Reichspost einen ganz erheblichen Anfall an Einnahmen bedeuten. Heute ist es noch Zeit, diese Postanstalten zu befrachten, wie dies auch in anderen Staaten geschehen haben. Gerade die Herren von den Banken verlangen in immer gleichem Maße, in diesem Falle wollen sie aber ein Sonderrecht der großen Städte erhalten. (Widerstand links.) So lange die Konkurrenz der Privatpostanstalten besteht, können wir an eine Erweiterung der Tarife nicht denken. Dies Gesellschaften würden alle nur die Allgemeinheit zu gunsten eigener Unternehmungen. Der Betrieb der Reichspost ist vorzüglich, ebenso die Wohnverhältnisse innerhalb derselben. 28 Millionen werden allein jährlich für Pensionen ausgegeben. Wären sie einmal den Privatpostanstalten zu, das Entschädigen für diesen Zweck auszugeben. Dies können das einfach nicht, sie sind auf mögliche Ausnutzung ihrer Angelegenheiten angewiesen. Das Schlagwort: „Die Privatpost ist die Post des armen Mannes“ stimmt durchaus nicht, sie ist die Post des Handelslandes.

Was die Forderung anlangt, die durch das Aufheben der Privatpostanstalten brotlos werden sollen, das habe ich bereits widerlegt und ist bekanntlich falsch. (Widerstand.) Ein Recht auf Entschädigung haben die Privatpostanstalten überhaupt nicht, höchstens eine Schadloshaltung aus Willkürscheidungen in Betracht. Dasselbe war bereits der Fall bei der Einführung des Unfallversicherungsgesetzes; auf solche Entschädigungen kann das Reich nicht einstimmen. (Kurz links. Bremsen rechts.)

Da das ist das Recht eines anderen Mannes, (Widerstand.) Dem Privatpostbeamten würden wir die Anstellung in der Reichspost verweigern können, wir würden sogar von der Altersgrenze abgehen. Alles in allem: Die sächsische Forderung werden wir die wirtschaftlichen Vorteile für die Allgemeinheit können allen so behandeln, daß sie auf die Schädigung einzelner kein Gewicht mehr legen können. Wir hoffen, daß Sie noch in dieser Session die Vorlage verabschieden werden. (Bravo! rechts.)

Herr Dr. Gasse (natl.): Die Vorlage ist uns im allgemeinen sympathisch, nur muß die Entschädigungsfrage aus Billigkeitssgründen noch näher von der Regierung erörtert werden. Es ist natürlich, da das Verhältnis sich einmal gegen die Reichspost gewandt hat, für letztere beantragt eine Kompensation von 14 Millionen.

Herr Graf Bernstorff-Lauenburg (Reichsp.): Der ganze Privatpostbetrieb ist stets überdacht worden. Er hatte so viele Nachteile im Vergleich, daß er keinen Vergleich mit der Reichspost aushält. Bei der Entschädigungsfrage ist zu berücksichtigen, daß sich in jedem Tag Postämter schließen, deren Betrieb der Reichspost bilden könnten, die sie verdrängen. Die würden doch auch keine Entschädigung geben. Die Unterbeamten sollen allerdings thunlichst von der Reichspost angeeignet werden. Was die Vorberathung betrifft, so sind wir ja alle damit zufrieden, da es nicht anders sein kann. Ein Postamt in einem Postamtbezirk auf 5 wenig reduziert werden, sind wir für Kommissionsberatung.

Herr Nitzel (natl.) spricht nur für seine Person und eine Anzahl seiner politischen Freunde: Er verlangt eine Regelung der Vertheilungsfrage. Mit der Erweiterung des Postnetzes ist er nicht einverstanden. (Widerstand.) Seine Ansicht ist eine objektive, was auf eigenes Risiko. Es scheint mir bezüglich ein fiskalisches Interesse vorzuliegen. Durch die Ermöglichung des Postnetzes würde den Privatposten viel entzogen werden. Wie schädlich die Unterbindung der Konkurrenz ist, lehre das Beispiel der Eisenbahnvertheilung. (Schluß links.) Seine Ansicht ist eine objektive, was auf eigenes Risiko. Es scheint mir bezüglich ein fiskalisches Interesse vorzuliegen. Durch die Ermöglichung des Postnetzes würde den Privatposten viel entzogen werden. Wie schädlich die Unterbindung der Konkurrenz ist, lehre das Beispiel der Eisenbahnvertheilung. (Schluß links.)

Herr v. Stephan hat am 9. März 1898 ausdrücklich gesagt, daß er den Privatposten gern das Leben gönne und daß ihr Bestehen ein Grund für ihn sei, das Porto nicht herabzusetzen. In anderen Ländern bestehen eben diese Privatposten, weil das Porto dort überhaupt niedriger ist. Das Ausfallen der Privatposten würde, daß das Publikum sich ihnen angeschlossen hätte. Sollte die Vorlage angenommen werden, so ist man verpflichtet, die Inhaber der Privatposten zu entschädigen, so wie man für die Angestellten sorgt. Aber offensichtlich kommt er gar nicht dazu. Das Wort der Konkurrenz gegen die Reichspost wird erhoben bleiben. Mit einer Kommissionsberatung sind wir schließlich einverstanden.

Herr Nitzel (natl.): Wir würden das Schreiben der Vorlage sehr bedauern. Was hat denn etwas von dem Bestehen der Privatposten? Das sollte dann ebenfalls gar nicht. In der Entschädigungsfrage bedauern wir uns unsere Entschädigung vor; auch wir sind für eine Kommissionsberatung.

Herr Bernstorff (Soz.): Der Vorlage zum Postgesetz steht meine Fraktion nicht abgeneigt gegenüber. Im Interesse der Allgemeinheit wünschen wir das Postgesetz, aber keine vorgeschlagene Ausdehnung scheint uns fiskalischen Interessen zu dienen. Es wird nicht die Beilegung der Privatpostanstalten als notwendige Vorbedingung für die Postgesetzgebung betrachtet. Herr v. Stephan dürfte wohl, daß durch die Herabsetzung des Portos die Privatposten befristet werden könnten, aber er wünschte gar nicht die Erweiterung des Postnetzes, und aus diesem Grunde hat er das Porto im Gegensatz zu den Reichsposten für die Reichspost herabgesetzt. Sie will die Postverwaltung das Porto herabsetzen, verlangt aber eine Entschädigung dafür.

ung dafür. Also dafür, daß sie unrechtmäßigerweise früher an viel Porto erhoben hat, dafür will die Postverwaltung jetzt noch entschädigt werden. (Schluß links.) Wenn es sich um Berlin das Porto jetzt auf 5 Pf. ermäßigt werden soll, so müßte es doch in den anderen Städten, wo trotz des 5 Pf.-Tarifs Privatposten bestehen, auf 3 Pf. herabgesetzt werden. Und wenn dies in anderen Städten geschieht, dann muß es auch in Berlin möglich sein, die Staatspost jetzt um 10 Pf. herabzusetzen, was nicht die Verpflichtung, die Verkehrsinteressen dadurch zu verletzen, daß sie das Gute, was durch die Privatposten geschaffen ist, aufrecht erhält, und lediglich das Schlechte derselben beseitigt. A. B. die unrichtige und langsame Briefbeförderung. Wir sind durchaus für vollständige Herabsetzung der Post wegen der wirtschaftlichen Vorteile, die diese vor jedem Privatbetrieb voraus hat. Aus eben diesem Grunde ist für die Entschädigungsfrage der durch die Vertheilung in ihrer Geltung bedrohten die Hauptbedingung. Natürlich verlangen wir nicht die Entschädigung der Unternehmer, die ein Jahrtausend hindurch ihre 18-20 Pf. verdient haben, da wir nicht die Entschädigung der Reichspostverwaltung vollständig be-

für uns handelt es sich nur um die Entschädigung der Angestellten. Der Herr Staatssekretär hat ja ihre Verwendung in der Reichspost in Aussicht gestellt. Aber von solchen Versprechungen der Regierung halten wir nach gewöhnlichen Grundsätzen nicht mehr viel. Wir wollen, daß diese Entschädigung gleich durch das Gesetz festgelegt wird. Wir haben seiner Zeit die Privatpostgesellschaften in Berlin boykottieren müssen, weil sie die berechtigten Forderungen ihrer Angestellten abgelehnt hatten. Wir müssen jetzt natürlich auch darauf bestehen, daß diesen Forderungen bei der eventuellen Übernahme der Angelegenheit der Reichspost Genüge geschieht. Es darf ihnen also A. B. das Realisationsrecht nicht verweigert werden. Damit sieht es aber bei den Postunterbeamten immer noch wie ein. Als in Hamburg die Postunterbeamten in einer Verammlung der Reichspost nach sich zu organisieren, waren auch Engelba. (Schluß links.) Die von diesen Angestellten unterbreitet wurden von der Postverwaltung bezeugt und ihnen folgende handliche Fragen vorgelegt: 1. Waren Sie in der Verammlung? 2. Wer war noch in der Verammlung zugegen? 3. Haben Sie Bravo gerufen? (Hört! hört! links.) 4. Wer hat am lautesten Bravo gerufen? 5. Haben Sie, daß die Verammlung sich nicht auflösen sollte, sondern die Reichspost übernehmen sollte, in der Verammlung eintreten? Dies Vorhaben zeigt einen Geist der Intoleranz bei der Post, wie er bei keinem Privatunternehmer schlimmer sein kann. Dies Vorhaben muß uns mißtraulich machen, eine neue Klasse von Reichspostbeamten zu schaffen, wenn uns nicht die bestimmte Versicherung gegeben wird, daß keinerlei Wiederholungen dieser Art in der Reichspost stattfinden werden, organisatorisch thätig gehen ist. Die Entschädigungen werden die Kommission zu bestimmen haben. Wird das Regal erweitert, dann müssen auch durchgehende Tarifermäßigungen erfolgen. So lange die Privatposten billiger befördert als die Reichspost, haben sie einen Vorteil. Systematik wird bei der Reichspost in der Kommission die Mehrheit erlangen. Bravo bei der Reichspost! Staatssekretär v. Hübner: Wir erachten es stets als unsere Pflicht, das Beste zu thun, was wir können, und werden jedes Vergehen dagegen streng abmahnen.

Herr Dr. Meier (natl.): Wir vermissen die Regelung der Postvertheilungsfrage. Gestern den Programm seiner Partei hat Herr Bernstorff in juristischen Ausführungen des Staatssekretärs zugestimmt. Ich möchte dem Herrn Staatssekretär Glück zu der sozialdemokratischen Bundesgenossenschaft bei seiner eilen gelegentlichen Maßnahme. Wir stehen nicht auf dem harten juristischen Standpunkt, halten die Rechte der Privatposten für modernere und vertheilungsbefähigt. Entschädigung ist ein notwendiges Übel, das wir nicht für die Angestellten. Wie die Entschädigung besessen werden soll, ob durch eine Abfindungssumme oder dadurch, daß man nur das Bestehen neuer Privatposten verhindert, wird Sache der Kommission sein. Dasselbe wird auch entschieden, ob dem 3. Artikel des Postgesetzes nicht auch noch eine weitere hinzugefügt werden. In ihrer gegenwärtigen Form kann die Vorlage nicht angenommen werden.

Herr Dr. Barth (natl. Verein.): Ich hoffe, daß es sich in der Kommission als das Beste herausstellen wird, die Erweiterung des Postnetzes überhaupt abzulehnen. Gerade im Interesse des politischen Fortschritts sollte die Konkurrenz nicht befristet werden. Leben und leben lassen!

Herr Zimmermann (natl.): Wir bedauern, daß der Postgesetz nicht immer noch reformiert worden ist. Die Vorlage ist ein Schwachs. Mit der Vertheilung der Privatposten können wir nicht leben. Gerade für die letzten Schweren werden wir ein großes Risiko sein. Für eine Entschädigung zum im Falle der Vertheilung der Privatposten getrotzt werden. Es ist sehr berechnend, daß sich gerade die Sozialdemokratie unbedingt gegen jede Entschädigung ausgesprochen hat.

Herr v. Buchta (natl.): Die Inhaber der Privatposten müssen auf jeden Fall entschädigt werden. Die Arbeiter werden nicht ohne Entschädigung aufgegeben werden. Ich werde mich überhaupt nur schwer entschließen, für den 2. zu stimmen. Ein Vertheilungsantrag wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Bundesratsverordnung betr. die Vertheilung von Angestelltenstellen. Fortsetzung heutiger Verhandlung. Weiter über Angelegenheiten der Reichspostvertheilung. Schluß: 5 Uhr.)

Tagesgeschichte.

Arbeiter gegen das Realisationsrecht. Graf Pöschel hat nunmehr auch, wie der Vorwärts schreibt, seine „Arbeiter“ vertreten gefunden, die ihn um Schutz anflehen gegen die Vertheilung durch „sozialdemokratische Agitatoren“, oder, wie es zum Schluß der Eingabe noch mehr heißt: durch „unethische arbeitsfähige Personen“, durch „unethische Elemente“. Und wer sind diese Repräsentanten der stillen, ehrlichen Arbeit, der „Widde auf rechten Erwerb“? Die Männer: Zimmermann, Müller, Herr Torgau-Schöneberg und Herr Klaus-Berlin an der Spitze! Erst die Sozialdemokraten, die keine Wagnis

für Laßtigung und Abberverlegung seitens der unachtsamen Bauleiter fordern, und nun auch noch die Polizei, mit diesen ausserordentlichen Bundesgenossen zur Seite muß die neueste Sozialpolitik beispiellose moralische Triumphe erringen!

Die Straftaten sind den Politikern natürlich, in den meisten Fällen die Wert einiger sozialdemokratischen Agitatoren, sie waren meist.

Der Arbeiterführer, indem die berechtigten Lohn- und Arbeitsbedingungen der ausserordentlichen Lage der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und dem herrschenden Betrügerei entgegenkamen, so daß sich die neuartigen Forderungen lediglich aus agitatorische Pläne der Streikführer auf dem Werke kennzeichnen, den Unfrieden zwischen den Gruppen der Arbeiter und Arbeiterführer zu rufen und die Luft zwischen beiden zu erweitern. Der Arbeiter habe kein Recht auf Arbeit ganz verloren; alljährlich würden auf diese Weise erhebliche Kapitalien dem Rationalerentgen entzogen, soziale Familien in Vermögensverfall gebracht und auf die öffentliche Armuth angezwungen.

Als Arbeitervertreter und „friedliebende Arbeiter“ eruchen nun die Besessenen um „nachhaltigen Schutz“ und „schnelle und strenge Abhandlung jeder Gesetzesverletzung von Seiten der Streikführer.“

Besonders bemerkenswert scheinen sie dem Grafen Solodowoff keine großen Erfolge bei seinem Anlauf gegen die S. 153 der Gewerbeordnung zuzutrauen. Sie wollen also „außerhalb der geltenden Rechtsregeln“ möglichst viel Terrorisimus seitens der Polizei und der Gerichte. Ihr Ideal ist — wir wissen nicht, ob mit Recht oder Unrecht — die Polizei in Vergessenheit zu bringen.

Die Polizeibehörde hatte durch eine Verordnung das Aufstellen von Blauposten, das Führen der Jugungssträger und der Bahnhöfe, das Abberren des Arbeitstragens unter Strafandrohung unterworfen. Die Streikführer haben selbst anerkannt, daß dies energische Vorgehen sie zum Aufheben der Arbeits-einstellung bekümmert habe.

So die Polizei, wegen deren Unterstützung wir das Reichsamt des Innern ebenso aufrichtig beglückwünschten, wie wir es seiner Zeit bei der Eingabe der Bogenwerkes-Anfrage getan haben. Sage mir, mit wem du intimen Umgang hast, und ich will dir sagen, was meine Sozialpolitik wert ist.

Chinesisches. Nach telegraphischen Nachrichten ist der Fall des deutschen Missionars Dömsperger, der bekanntlich landwärters vom Canton vertrieben und herabstufen worden war, nunmehr beendigt erledigt. Die Täter und die der nachschickung schuldig befundenen Beamten werden bestraft. Der Generalgouverneur hat eine bestimmte Summe als Entschädigung angewiesen und sich auch anbezügliche gemacht, den Exempel dreier Grundstücke zur sicheren Unter-sicherung für die Missionäre zu vermitteln.

Die Vertragsunterzeichnung zwischen Deutschland und China wurde am Sonntag vorgelesen. Ueber den Inhalt des Vertrages herrscht vorläufig Schweigen.

Die Russen, die wegen der Beizugung von Port Arthur schon über von China gefragt wurden, wo das Ergebnis hinaus solle, haben jetzt den Spieß umgedreht und die „Redaktion“ von Port Arthur und Taliennan verlangt, und eine neuere Nachricht bestätigt sogar, daß die Pach-tung auf 99 Jahre bereits abgeschlossen ist. — Man sieht, das Beispiel Deutschlands zeigt hiebei Nach-abemungen.

Das fällige **Wesensabrechnungslid** passierte am Sonntag auf Station Gustavsburg bei Mainz. Der Güter-zug 481, welcher die Station kaum durchfahren hatte, ent-gleite auf einem Damme nach vor einer Brücke. Verletzt wurde niemand, doch war die Strecke acht Stunden lang gesperrt.

Wie notwendig die strenge Durchführung der Bäckerei-verordnung ist, zeigte ein Fall in Bamberg i. B., wo selbst bei der letzten Ausmusterung der Bäckereipflichtigen fast alle Bäckereibetriebe mit der Krage behaftet waren. Und da laufen die Bäckereimeister noch Sturm gegen die Bäckerei-verordnung!

Eine neue **Liebesgabe** in Gestalt von einer halben Million Mark soll den Brautweibern bei Gelegenheit der jetzt dem Reichstage vorliegenden Koelle zum Braut-wesensgesetz in den Schoß geworfen werden. Der Bundesrat hat nämlich infolge agrarischer Bewegung beschlossen, auf jene 15 Prozent, welche die Einzelstaaten sonst von den Brautweinsteuern als Entschädigung für die Erhebung und Verwaltung abziehen, bei den Erträgen der Brautweinsteuern zu verzichten. Die „Brautsteuer“ ist bekanntlich 1865 ein-

geführt worden zu dem Zweck, Ausfuhrprämien zu gewähren und die Verwendung des denaturierten Spiritus zu prämi-ieren. Die für solche Prämien bestimmte Summe von etwa 3 Millionen Mark erhöht sich dadurch um 400—500 000 Mark.

Drei Jahre unbedenklicher Weise Reichstags-abgeordneter gewesen zu sein — dieses zweifelhaft Begehren ist Herr Reichmann, dem nach der Wahl am 9. Mai 1895 in Weimar-Aspaha als gewählt erklärten Herrn, zu teil geworden, dank der unerschrockenen Langzeitigkeit, mit der von deutschen Reichstags die Wählerprüfungen werden. Die Wählerprüfungskommission hat einstimmig beschlossen, die Ungültigkeit der Wahl zu beantragen, wie aus ihrem jetzt vorliegenden Bericht sich ergibt, weil in dem Orten Amsnandorf und Schlotstapbach abgeleitete Ver-änderungen größter Art vorgenommen sind. Die Kommission hat darauf alle in diesen beiden Ortlichkeiten abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt. Danach hätte Reichmann 9329 und unter Genosse Baudert 9415 Stimmen erhalten.

Beshalb man auch die Stimmen für Baudert für un-gültig erklärt, ist unverständlich. Die Wahl wurde nur zu gunsten Reichmanns herbeigeführt, Baudert hat seine Stimmen zu Recht erhalten. Wenn Baudert, als der rechtsmäßig gewählte Vertreter des Kreises, also weiters in dem Besitz des Mandats treten würde. Das geschieht aber nicht. Und da es lohnend vor den Gesamtzahlen zu einer Nachwahl wohl nicht mehr kommen dürfte, so ist der Wahlkreis bei den noch zu entscheidenden Fragen unvertreten, nachdem drei Jahre Reichmann das Mandat zu Unrecht ausüben hat können. Die Vorfälle, die zur Ungültigkeitserklärung geführt haben, sind mit wenigen Worten erzählt. In den beiden Dörfern haben die Gemeindevorsteher Flugblätter und Stimmzettel für Reichmann durch den Gemeindevorsteher von Hans zu Hans tragen lassen. In Amsnandorf hat der Gemeindevorsteher noch außerdem bei Ausklingeln am Tage vor der Wahl „alle Wähler aufgesordert, dem Kandidaten der Parteien, die für Ordnung, Sitte und Recht eintreten, dem Günstigsten Reichmann ihre Stimme zu geben.“

Zur Feststellung dieser Vorkommnisse, die durch mehrere Zeugen eidlich erhärtet worden sind, brauchte die Kommission drei Tage! Sie hat, wie üblich, die Anwesenden, die der Wahlbeeinflussung schuldig waren, uneidlich vernommen. Die Folge davon war, daß die Aussagen sich widersprachen, da die Ortsvorsteher die Beeinflussung in Abrede stellten. Erst die gerichtliche Vernehmung dürfte den Begegnungen das Zugeständnis ab, daß Flugblätter und Stimmzettel durch den Gemeindevorsteher verteilt worden sind.

Dieser unverschämten, geradezu standbälligen Lässigkeit in der Betreibung der Wählerprüfungen muß endlich ein Ende gemacht werden, damit die Wähler nicht um ihr Recht kommen.

Die Wahlprüfungskommission hat jetzt auch Bericht er-richtet über die Wahl des Abg. Dr. Mez in Kreise Donaueschingen. Die Kommission beantragt entsprechend ihrem früheren Bericht, die Wahl des Dr. Mez für ungültig zu erklären. Auch diese Ungültigkeitserklärung hat bei dem be-vorstehenden Schluß der Wahlperiode nur eine formale Be-deutung.

Wegen Raubverleumdung wurde in Jenseburg der Schlichtergerelle Hübnert zu 1 Jahr Gefängnis ver-urteilt.

Inselnd.

Oesterreich. Das Ministerium Gautsch hat be-missioniert. Graf Franz v. Thun wurde mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt und wurde gleichzeitig zum Ministerpräsidenten ernannt.

Frankreich. Der Jola-Prozess zieht weitere Folgen. In Paris hat sich ein gewisser Robert Durien er-hängt. Er soll ein Spitzel des Generalstabes gewesen sein, der von demelien zu unzulässigen Nachforschungen gegen die Jola-Dreifuß-Partei verwendet worden ist. Die Schrift-stellerin Seccaria, eine bekannte journalistische Größe, be-hauptet, Robert sei ermordet worden.

Italien. Das Opfer einer Ueberschuldung ist der bekannte italienische Politiker und Dichter Cavallotti ge-worden. Zwischen ihm und dem konservativen Deputierten Macola, dem Direktor der Gazetta di Venezia, fand Sonn-

tag auf Anlaß einer Bettungspolente vor dem Thoren Rom ein Selbstmord stattfand. Cavallotti erhielt gleich beim ersten Gange einen Stich in den Rand, der Säbel brang in die Rehle und durchschnitt die Halsader. Er wurde sofort künst-liche Atmung versucht, Cavallotti aber der Hilfe aber nach zehn Minuten. Macola ist unverletzt geblieben.

Ueber die moralische Verwerflichkeit des Duells wollen wir weiter kein Wort verlieren, da wir dieses Verbrechen in seiner ganzen Abgottlichkeit vor weiß wie oft schon charakterisiert haben. Die schiefernde Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß die Duellmörder im Strafgesetz mit der zartesten Rücksicht behandelt werden, tritt besonders scharf augenfällig der Verhältnisse in Italien hervor, wo die verlebten, halbberüchtigten Bauern, welche die Verzeimlichung zur Em-pörung gegen ihre Verdrieker treibt, auf zwanzig Jahre und länger in die Zuchthäuser gesteckt werden.

Helice Cavallotti hat ein Alter von 45 Jahren erreicht. In jungen Jahren erreichte er Aufsehen mit einer höchst beachtenswerten Schrift „Deutschland und Italien“ und schloß sich der Garibaldiischen Freiheitsarmee an. Später wurde er sich der inneren Politik zu und wurde ein gefragter Berater der Regierung. Journalistisch betätigte er sich als Leiter des Gazzettino. 1873 begann Cavallotti seine parlamen-tarische Laufbahn und blieb mit einer kurzen freiwilligen Unterbrechung, Anfang der achtziger Jahre, bis jetzt Depu-tierter. Er war einer der Führer der radikal-demokratischen und fransosenfreundlichen Richtung und eifriger Irredentist. Cavallotti hat sich auch durch einige mit sensationellem Er-folge aufgeführte Dramen und durch lyrische Gedichte eines Ramen erworben. — Der sozialistische Koant schrieb über Cavallotti's Tod:

Gute können wir nicht dem Schmers über den Tod Cavallotti's Ausdruck geben. Ueber Cavallotti läßt sich ein größeres Wort Redolois nicht schreiben. Unser Trauer hubert aber nicht zu tabeln, nur der große Vorkämpfer der italienischen Demokratie schmach genug war, dem herbarischen Duzentmillionen nach-zugehen. Bedauerlich ist, daß er die hiesigen Verhältnisse eines Journalisten nicht nahm und so durch den Sabel des lächerlichsten Vertreters der italienischen Reaktion zu Grunde

Griechenland. In Konstantinopel drang Sonnabend in die Wohnung des Sekretärs des Erarchats und gleich-zeitigen Herausgebers einer bulgarischen Zeitung, „Wafendoni“, eine Person ein und feuerte gegen denselben fünf Revolvergeschosse ab. Drei Kugeln trafen und verletzten edlere Teile. Der russische Polizeikommissar, der sofort her-beigezogen wurde, stellte den Tatbestand fest und nahm eine Operation vor, die indessen erfolglos war, da der Tod sehr bald eintrat. Der Mörder entkam. Der Brand des Attentats dürfte ein politischer sein.

Poland. Die Krönung der Königin giebt neuer-dings der Presse Veranlassung, darüber zu streiten, ob die sozialdemokratischen Abgeordneten, die diesem Akte sich fern halten, verpflichtet sind, den Treueid zu leisten oder nicht. Die Arbeiterfrage sagt, daß der Treueid geleistet wird durch die Mitglieder der Generalstaaten und daß die Königin ihren Verfassungseid auspricht in Weizen der Generalstaaten. Wird daraus gefolgert, daß alle Mitglieder anweisen sein müssen, so kann man wohl sagen, daß derjenige, der nicht kommt, sein Mandat verletzen würde; aber andererseits ist denn der Eid der Königin selbst nicht verfassungsgemäß sein, denn er wäre nicht ausgeprochen vor den ganzen Generalstaaten. Die Sozialdemokraten haben erklärt, der Krönung nicht beizuwohnen zu wollen.

Italien. Die spanische Regierung verlanget von den Vereinigten Staaten die Abkürzung der spanischen Kriegsschiffe aus Cuba. Die Vereinigten Staaten lehnten dies jedoch ab. Der Kriegsvolk erklärt, der Bundesrat sei für den Ernstfall völlig vorbereitet. Die Kongressmitglieder bringen in Mac Kinley, sofort eine Ent-scheidung herbeizuführen.

Zur Wahlbewegung.

Für Tresden's Neustadt wurde als Kandidat der Antikritiken der jetzige Reichstagsabgeordnete Zimmermann aufgestellt.

Parteinaachrichten.

Die Arbeiterzeitung in Halberstadt, die seit zwei Jahren zweimal wöchentlich erscheint, wird vom 1. April an dreimal wöchentlich herausgegeben. Der Abonnementpreis beträgt monat-lich 50 Pfg.

Die Kinder des Millionärs.

Homan von Kriehorn Junon. Ueberrückte Lieberlegung von Herr Brandewetter.

Dann richtet sich Binner selbst im Bett auf. „Wir sagten, was es nicht so?“ rief er. Ein Volken von der Wolline, die mit flaugendem Laut zu Boden fiel, ein lautes Schloßen und der Wert und kein Brau zu sagen. Binner lag im Bett, und die Hand hielt er noch den Bogen. Er war nie so schon gemien. Die Hilde der Wogen war nun der Menschheit des Laods gewichen und das nicht ganz lag wie eine Krone um sein Haupt. Aber die roten und gelben Krone um ihn zuweisen — und die Wollschlägen lagen auf seiner Brust.

26. April 1896.

Das Utel hatte Frank Blummer wie ein Bligschlag getroffen. Er, wie ihn Anwalt waren so lieber gewesen, daß man es nicht sagen würde, den Schatz des Millionärs nur aufzubieten bis zu verzeihen. In das sie sich nicht die Krone gemacht hatten die Schöpfen zu kesseln. Der Anwalt hatte nun das Wort gesagt, was er konnte, er hatte Berufung eingelegt, so daß noch eine Verhandlung stattfinden mußte. Nun galt es aber, neue Kräfte zu beschaffen. Die Frank die ungeliebte Stunde verstand, da er sich von seiner Leidenschaft und seiner Hochacht hatte hinweg lassen. Seine ganze Zukunft, sein Leben vor sich. Es gab Augen-liche, wo er dachte, ob nicht doch am besten wäre. Dina Kisten die Ehe anzuheben und dann mit ihr zu schließen, weit fort in die Wilder von Westphalen, wie Gutes und Franes zu geben hatten. Wer jetzt konnte er es nicht mehr — er verzweigte, Daniel Kisten mühte ihn wie einem Hund niederschleichen, wenn er ihm in den Weg fame und nach dem Unrecht, das er ihm zugefügt hatte, wo er zweifelhaft, ob er einem solchen Angebot noch Folge leisten würde. Er hatte ja gebadet, daß sie öffentlich der Schande preis-gelassen wurde, obwohl er wollte, daß sie nicht gesehen. Aber seine tolle er than? Er war nun einmal auf die abschließliche Bahn gekommen, und nun mußte er sie bis zu Ende durchlaufen. Er mußte diese Sache in irgend einer Weise zu Ende abwägen und

dann von der Stadt fortziehen. Denn in Minneapolis war seines Weibens nicht mehr. Er war aus dem Verein christlicher junger Männer ausgestoßen worden, seine früheren Freunde gingen ihm aus dem Wege, er konnte nicht mehr in anständige Gesellschaft kommen. Er schämte sich wie ein Hund, wenn er die Straße passierte und sah weder nach rechts, noch nach links. Die Zei-tungen waren ja voller Berichte über die Gerichtsverhandlung ge-wesen und die allgemeine Sympathie hatte sich dem jungen Mäd-chen zugewandt. Dätte das Gericht die Sache nur abgewiesen, dann hätte er sofort beschworen können; aber nun hatte er selbst durch seinen Anwalt Berufung eingelegt. Um seines Weibens und seiner Mutter willen konnte er sich nicht durch freie Schuld der Sache entziehen und mußte sich die 15000 Dollars bezahlen, nachdem er Berufung eingelegt hätte, hatte ja die Anerkennung seines Verbrechens bedeutet und ihn nur noch der allgem-einen Verachtung preisgegeben. Nein, ein Ausweg mußte gefunden werden.

Frank war in diesen wenigen Monaten gealtert. Das muntere Mädchen, sein flottes Ton waren verschwunden; es war etwas Säures und Düsteres über ihm gekommen. Der alte Blummer, der Anwalt und Frank ließen geheime Zusammenkünfte im Paro-dies ab. Der Kriegskanale mußte gewiepen entworfen werden. „Das erste, was geschehen müßte, ist, sich der zukünftigen Schöpfen zu verichern“, sagte der Anwalt.

„Wollen Sie dafür sorgen, Herr Reichsanwalt?“ fragte der alte Blummer.

„Wenn Ihre Worte mit zur Verfügung steht, Herr Blummer?“ sagte der Anwalt. „Bei einer solchen Gelegenheit darf man nicht zögern.“

„Das verdammete Frauengericht“, marmelte der alte Blummer, ja, Du wirst Deinen Vater noch durch die Weichheit ruinieren.“

„Dann ist es am besten, ich zahle die 15000 Dollars und mache mich aus dem Lande“, erwiderte Frank mürrisch.

„Du, ja — wo willst Du die wohl herausnehmen — nein die Oebrie Daines alten Vaters würde wohl bezahlen müssen“, brummte der alte Blummer.

„Wir sind nicht hergekommen, um darüber zu disputieren, Vater“, erwiderte Frank, „entwerfe müssen wir die Sache zu Ende führen oder sie fallen lassen. Du? was Du willst?“

„Das müßte, was notwendig wäre, ist einen oder zwei Jungen zu beschaffen — am liebsten zwei, — welche besorgen können, daß sie in dieser Dina Kisten früher in Beziehungen gehalten haben,“

sagte der Anwalt, um das Gespräch wieder auf die rechte Bahn zu bringen.

„Ist das notwendig?“ fragte Frank sinister.

„Das ist der einzige Ausweg, der uns bleibt“, sagte der An-walt. „Sollte die Richtschnur nehmen es im allgemeinen so nicht so genau, so daß ich meine, die Sache liese sich ganz leicht er-lösen!“

„Sie ist nicht so!“ rief Frank.

„Ja, wenn Sie, Herr Blummer, als ihr Verteidiger auf-treten, dann können wir ja die Sache fallen lassen“, sagte der Anwalt.

„Ist kein Sentimentalitäten, Frank, Du selbst hast die in-Suppe eingebracht“, sagte der Vater. „Nennen Sie solche Besorg-belassenen, Herr Anwalt?“

„Darauf müßte ich mich nicht gern einlassen, Herr Blummer“, erwiderte der Anwalt, „das überlässe ich am liebsten Ihnen. Es kennen Ihre Leute gewiß am besten. Ich Ihnen niemand bevor-zugt beschuldigt oder Jänen sehr viel Geld schuldig, so daß es außer hande ist, es zu bezahlen und der gern die kleine Geldzahl-keit übernehmen würde, wenn ihm zum Beispiel die Schuld er-lösten würde.“

Blummer schob seine Unterlippe vor und grübelte. „Was ist beizuworren werden?“ fragte er.

„Ja, das ist notwendig, aber leben Sie, das nehmen falls die Formeln davon leben, allehand zu besorgen. Der Herr ist für eine „sonntags“.“

„Wissen Sie mit Namen und Adressen einiger dieser Jährlinge an“, sagte der alte Blummer, „dann werde ich leben, was sie machen läßt.“

„Und dann natürlich absolutes Schweigen“, sagte der Anwalt, „kann bewiesen werden, daß ihr Rat ein zweifelhafter, Sie gleiche kam eine Art öffentliches Frauenzimmer ist, leben Sie, dann ist das Vertrauen zu ihr und ihren Küssen geföhrt und die Schöpfen — besonders wenn Sie vorher ein wenig geschmeielt sind — kann unmöglich Frank Blummer als schuldig beurteilen. Die Schuld wird abgewiepen werden und die zu Zahlung der Krone kom-men. Weiter können wir nichts thun.“

(Fortsetzung folgt)

